



Bekeris berichtet aus der Bürgerschaft

SPD

DER NEWSLETTER FÜR BARMBEK, DULSBURG, HOHENFELDE UND UHLENHORST

Nummer 03/2012

17. Oktober 2012

Starke Geste für ein offenes Hamburg

Die Vertragsverhandlungen der Stadt Hamburg mit den islamischen Verbänden und der Alevitischen Gemeinde sind abgeschlossen

Mitte August war es soweit: die seit 2007 laufenden Verhandlungen der Stadt Hamburg mit den islamischen Verbänden DITIB, Schura und VIKZ sowie der Alevitischen Gemeinde konnten zum Abschluss gebracht werden. Die Verträge werden nun in wenigen Wochen zur Abstimmung in die Bürgerschaft eingebracht. Unabhängig von bereits bestehendem Recht schaffen die Verträge Klarheit in verschiedenen Bereichen des religiösen Zusammenlebens. Mit der evangelischen und der katholischen Kirche sowie mit der jüdischen Gemeinde wurden bereits in früheren Jahren Verträge abgeschlossen. Somit sind die Verträge mit den muslimischen Verbänden und der Alevitischen Gemeinde auch eine deutli-

che Geste der Stadt, dass muslimische und alevitische Hamburgerinnen und Hamburger gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sind. Von besonderer Bedeutung für das Alltagsleben sind die in den Verträgen getroffenen Vereinbarungen zu religiösen Feiertagen und zum Religionsunterricht.

Wie an christlichen Feiertagen auch, ist es nun muslimischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern möglich, an den höchsten muslimischen Feiertagen, dem Opferfest und dem Ramadanfest, Urlaub zu nehmen, wenn dies betrieblich möglich ist. Schülerinnen und Schüler können an diesen Tagen vom Unterricht befreit werden, ohne diesen nachholen zu müssen.

Der Religionsunterricht an den Hamburger staatlichen Schulen wird in den nächsten fünf Jahren von einem „Religionsunterricht für alle in evangelischer Verantwortung“ weiterentwickelt zu einem Religionsunterricht, an dessen Gestaltung die islamischen und alevitischen Religionsgemeinschaften gleichberechtigt beteiligt sind. Diese Vereinbarung wurde in enger Abstimmung mit der Ev.-Lutherischen Kirche in Norddeutschland getroffen. Damit geht Hamburg einen besonderen Weg, bei dem sowohl die Nordkirche als auch die muslimischen Verbände auf einen bekenntnisorientierten Religionsunterricht zugunsten eines gemeinsamen dialogischen Religionsunterrichtes verzichten.

In dieser Ausgabe:

FORTSETZUNG: MEHR WOHNUNGEN FÜR BARMBEK	2
DIE FROHBOTSCHAFTSKIRCHE AUF DEM DULSBURG STEHT VOR VERÄNDERUNGEN	2
WOHNUNGSMARKTGUTACHTEN: ALLES GUT IN BARMBEK?	3
DAS NEUE TRANSPARENZGESETZ	3
GEGEN AUSBEUTUNG UND RECHTLOSIGKEIT	3
KONTAKT ZUM WAHLKREISBÜRO	4
TIPP: SENATORIN VOR ORT AM 18.10.	4

Durch die rote Brille. Der Kommentar auf Seite 1

Mehr Wohnungen für Hamburg - aber wo?

Hätte Olaf Scholz die Wahl ohne die verheerende CDU-Wohnungsbaupolitik so hoch gewonnen? Vermutlich nicht. Hätte er die Wahl verloren, würde allerdings heute so mancher Baukran im Hamburger Stadtbild fehlen – das ist sicher. Seit Regierungsantritt setzt der Senat

alle Hebel in Bewegung, um sein Ziel von 6.000 Wohnungen pro Jahr zu erfüllen. Mit Erfolg: Stand 1. Oktober 2012: 6.331 Baugenehmigungen. Viele Bauprojekte provozieren aber Kritik. Zwei typische Beispiele: Im zum Pergolenviertel umbenannten Hebebrandquar-

tier fürchten Kleingärtnerinnen und –gärtner um ihren Rückzugsraum und auf dem Gelände der ehemaligen Röttiger-Kaserne protestieren BUND, Bezirksopposition und Bürgerinnen und Bürger gegen geplante Holzfällungen. Die Kritikpunkte an vielen Bauvorha-

ben sind häufig nachvollziehbar: wir alle haben lieber einen Baum als Beton vor der Haustür, wir alle möchten nicht auf Naherholungsraum in einer oft lauten Großstadt wie Hamburg verzichten. Trotzdem ist der konsequente SPD-Kurs rich-

Fortsetzung auf S. 2

Bekeris berichtet aus der Bürgerschaft

Fortsetzung: Mehr Wohnungen für Hamburg - aber wo?

tig, denn gegen eine steigende Nachfrage nach Wohnraum hilft vor allem eines: bauen. Sonst droht die

Verdrängung von Menschen mit kleinem Geldbeutel aus der Stadt in Randlagen. Und diese Entwicklung gilt es zu

stoppen, denn Hamburg ist eine Stadt für alle.

Die Frohbotschaftskirche auf dem Dulsberg steht vor Veränderungen

KSENIJA BEKERIS:

„MIR IST WICHTIG, DASS DIE KIRCHE AUF DEM DULSBERG WEITERHIN SEELSORGERISCH ARBEITEN KANN.“

Viel Wirbel auf dem Dulsberg gibt es derzeit um die Pläne der Dulsberger Kirchengemeinde, die Frohbotschaftskirche abzureißen. Erheblicher Sanierungsbedarf an der Kirche erfordert eine Entscheidung über die bauliche Zukunft des Gebäudeensembles am Straßburger Platz. Um den Standort Dulsberg dauerhaft erhalten zu können, hat sich die Gemeinde schweren Herzens für einen Abriss entschieden. Sanierungs- und Instandhaltungskosten würden sonst keinen Spielraum mehr für seelsorgerische Arbeit lassen. Gemeinsam

mit dem Träger der Kita, die aktuell bereits am Straßburger Platz ist, sowie mit SOS Kinderdorf sollen Neubauten ein neues soziales Zentrum im Herzen Dulsbergs schaffen. Dabei können die räumlichen Wünsche und Anforderungen der kleinen Kirchengemeinde sowie eines modernen Kita-Betriebs berücksichtigt werden.

Bis zur Verwirklichung der Pläne sind noch einige Hürden zu nehmen.

Das Denkmalschutzamt prüft derzeit die Denkmalschutzwürdigkeit des Kirchenensembles und auch das städti-

sche Immobilienmanagement muss aufgrund der Eigentumsverhältnisse des Grundstücks noch ins Boot geholt werden.

Zudem hat sich eine Bürgerinitiative zum Erhalt des Identifikationspunkts Frohbotschaftskirche gegründet. Um diesen Bedenken gerecht zu werden prüft die Kirchengemeinde, ob der Kirchturm erhalten werden kann.

Ksenija Bekeris unterstützt die Bemühungen der Kirchengemeinde, ihr seelsorgerisches Angebot auf dem Dulsberg zu sichern.

Wohnungsmarktgutachten: Alles gut in Barmbek?

Braucht Barmbek eine Soziale Erhaltungsverordnung, um den Mietenanstieg zu stoppen? Anfang des Jahres sprach sich Ksenija Bekeris an dieser Stelle klar für eine solche Verordnung aus, die bauliche Modernisierungen und Umwidmungen erschwert. Das Bezirksamt hat ein Gutachten in Auftrag gegeben, um zu prüfen, ob die Voraussetzungen für eine Erhaltungsverordnung in Barmbek und Dulsberg vorliegen. Dieses liegt inzwischen vor und kommt zu einem überraschenden Ergebnis: Lediglich in Barmbek-Nord, südlich des Quartiers 21, entlang des Hartzlohs sieht das untersuchende Institut *empirica* ein erhöhtes Risiko für Aufwertungspro-

zesse. Hier wird es weitere Untersuchungen zu Verdrängungseffekten geben. In Barmbek-Süd wurde kein Gebiet identifiziert. Das Komponistenviertel wurde allerdings im Rahmen des Gutachtens nicht untersucht, da hier bereits vor wenigen Jahren eine Untersuchung stattfand.

Für den Dulsberg ist das Gutachten nachvollziehbar: Neubauten sind mangels freier Flächen nicht möglich. Die bestehenden Wohnungen sind in großem Umfang im Besitz von SAGA/GWG oder von Genossenschaften. Beides trägt zur stabilen Mietentwicklung bei.

Das weitere Vorgehen im Hinblick auf den Erlass von

Sozialen Erhaltungsverordnungen im Barmbeker Bereich wird in den nächsten Wochen in Partei und Gremien diskutiert werden. Wir halten Sie an dieser Stelle auf dem Laufenden.

An anderer Stelle gibt es zurzeit Bewegung in Sachen Mieterschutz: Das Land Hamburg möchte mit einer Bundesratsinitiative dafür sorgen, dass die Maklercourtage zukünftig nach dem „Bestellerprinzip“ durch den Vermieter getragen wird. Eine weitere Bundesratsinitiative soll dazu führen, dass eine Begrenzung der Miethöhe bei Neuvermietungen auf max. 20 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete rechtswirksam durchgesetzt werden kann.

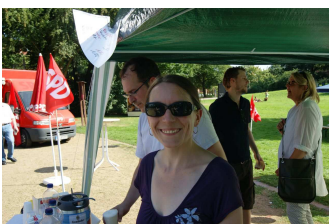


Foto: Bastian Faust

Ksenija Bekeris auf dem Sommerfest der SPD Barmbek Mitte

Das neue Transparenzgesetz: Politik und Verwaltung öffnen sich für mehr Vertrauen in staatliches Handeln

Am 6. Oktober ist das Hamburger Transparenzgesetz in Kraft getreten. Anfang Juni war das Gesetz als fraktionsübergreifender Antrag in der Bürgerschaft beschlossen worden. So einmalig wie der Inhalt des Gesetzes ist sein Zustandekommen. Gemeinsam mit der Volksinitiative „Transparenz schafft Vertrauen“ haben die Fraktionen der Bürgerschaft über einen Gesetzentwurf beraten und sich schließlich auch einigen kön-

nen. Das Transparenzgesetz löst das Informationsfreiheitsgesetz ab und erlegt der Hamburger Politik und Verwaltung eine umfangreiche Pflicht zur Information auf. In den kommenden zwei Jahren wird ein öffentliches Informationsregister aufgebaut werden, in das z.B. Senatsbeschlüsse, Verträge der Daseinsvorsorge, Ergebnisse von Messungen von Beobachtungen mit Umweltbezug, wesentliche Unternehmensdaten städtischer

Beteiligungen und vieles mehr eingestellt werden – und das ohne eine spezifische Aufforderung. Von dieser neuen Informationspflicht erhoffen sich die Unterstützerinnen und Unterstützer des Gesetzes eine positive Wirkung auf das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in staatliches Handeln. Im besten Fall wird dieses durch die neue Offenheit bürgerfreundlicher und nachvollziehbarer.



Foto: Eva-Maria Roßmann/Pixelio, www.pixelio.de

Gegen Ausbeutung und Rechtlosigkeit

Die Beratungsstelle für mobile europäische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat ihre Arbeit erfolgreich aufgenommen

Auf Antrag der SPD wurde die Beratungsstelle im März diesen Jahres von Arbeit und Leben am Besenbinderhof 60 eingerichtet. Wir haben an dieser Stelle berichtet. Seither konnten mit Stand August bereits 500 Beratungsfälle bearbeitet werden. Das zeigt, dass der Bedarf an einer solchen unabhängigen Beratung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern groß ist. Erwartungsgemäß kommt mit 80 Prozent ein sehr hoher Anteil der Ratsuchenden aus den Herkunftsländern Polen, Bulgarien und Rumänien. Am häufigsten werden Fragen zu Vertragsangelegenheiten, Selbständigkeit, Arbeitssuche, Krankenversicherung und Entlohnung erörtert. Die Beraterinnen und Berater

bekommen dabei häufig ein Bild von den Schattenseiten des Hamburger Arbeitsmarkts. Ausländische Arbeitnehmer mit geringen Deutsch- und Rechtskenntnissen und in Existenznot sind leichte Opfer für regelrecht kriminelle Arbeitgeber und dubiose Berater.

Über Beratungsfälle von Arbeitnehmern der Reinigungsbranche, die weit unterhalb der Mindestlohngrenze zu arbeitsrechtlich unzulässigen Bedingungen arbeiten mussten, wurde in den Medien berichtet. Durch die Beratungsstelle kommen diese Fälle ans Licht. Sie ergreift Partei für die Ratsuchenden und unterstützt sie bei der Durchsetzung ihrer Rechte – im Zweifel auch

durch juristischen Beistand auf dem Klageweg. Darüber hinaus wurde ein „Runder Tisch“ eingerichtet, an dem neben der Beratungsstelle Vertretern von Behörden, Bundesagentur für Arbeit, team.arbeit.hamburg und Vertretern von Arbeitnehmern und Arbeitgebern teilnehmen. Hier können häufig auftretende Probleme angesprochen und Lösungswege diskutiert werden.

Mit der Beratungsstelle hat Hamburg einen wichtigen Schritt in Richtung Fairness auf dem Arbeitsmarkt für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne Ansehen der Herkunft gemacht.

KSENIJA BEKERIS:

„DIE
BERATUNGSSTELLE
FÜR MOBILE
EUROPÄISCHE
ARBEITNEHMERINNEN
UND ARBEITNEHMER
LEISTET EINEN
WICHTIGEN BEITRAG
FÜR FAIRE ARBEITS-
BEDINGUNGEN IN
HAMBURG“

Sie haben Fragen, Anregungen, Kritik? Dann sind Sie hier richtig:

MEIN WAHLKREISBÜRO IM HERZEN BARMBEKS

Ksenija Bekeris

stellv. Fraktionsvorsitzende
Fachsprecherin Soziales

Ausschüsse:

- Arbeit, Soziales und Integration
- Haushalt

Webseite:

www.ksenija-bekeris.de

Abgeordnetenbüro Ksenija Bekeris

Büroleitung: Beate Schmid-Janssen
Pestalozzistr. 21a
22305 Hamburg

Telefon: 040 51906908

Fax: 040 51906910

E-Mail: info@ksenija-bekeris.de

Öffnungszeiten:

Di-Fr: 9-13 Uhr

Mi: 9-19 Uhr



Foto: Beate Schmid-Janssen

Das Abgeordnetenbüro von Ksenija Bekeris

Veranstaltungstipp: Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks am 18.10. in Barmbek zum Thema „Organspende – Entscheidung für das Leben“

In der Veranstaltungsreihe „Senatorin vor Ort“ wird Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks am Donnerstag, 18. Oktober, ab 18 Uhr in Barmbek zum Thema Organspende sprechen. Ihre Gesprächspartner in der Aula der **Grundschule Brucknerstraße, Brucknerstr. 1**, sind Prof. Reichenspurner, Chef der Herzchirurgie am UKE und Wilfried Buss, ehemaligen Bürgerschaftsabgeordneter und Empfänger eines Spenderherzes. Moderiert wird

die Veranstaltung von der hiesigen Bürgerschaftsabgeordneten Sylvia Wowretzko.

Das Thema Organspende war in den vergangenen Monaten immer wieder in den Schlagzeilen. Anlass war unter anderem eine Gesetzesänderung auf Bundesebene im Sommer diesen Jahres, die zum 1. November in Kraft tritt. Dann werden alle Krankenversicherten über 16 Jahren Post erhalten. Sie werden über die Organspende informiert und aufgefordert, einen Spenderausweis auszufüllen. Denn der Bundestag hat eine sogenannte „Entscheidungslösung“ beschlossen. Um die Zahl der Organspender zu erhöhen, sollen Krankenkassen und Behörden künftig offensiv für die Organspende werben. Es wird aber nach wie vor keinen Zwang, geben, sich für oder gegen eine Organspende zu entscheiden. Die positive Aufmerksamkeit für das Thema Organspende wurde nach der Gesetzesänderung jedoch



Foto: Thorben Wengert/Pixelio, www.pixelio.de

getrübt durch Unregelmäßigkeiten bei Transplantationen in Göttinger, Regensburger und Münchner Kliniken. Auch die Deutsche Stiftung Organtransplantation selbst, die für die Koordination der Organspende zuständig ist, sieht sich Vorwürfen des Missmanagements ausgesetzt.

Cornelia Prüfer-Storcks und ihre Gesprächspartner werben um Vertrauen in die Organspende. Denn jedes gespendete Organ kann Leben retten. 12.000 Menschen stehen auf den Wartelisten für ein Spenderorgan, aber nur 17 Prozent der Bevölkerung besitzen einen Spenderausweis! Am 18. Oktober gibt es Gele-

genheit, mehr über das Verfahren der Organspende zu erfahren und eigene Zweifel an der Spendenbereitschaft auszuräumen.



Foto: M. Zapf

Gesundheitssenatorin
Cornelia Prüfer-Storcks